

# Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg



## Resolution des Senates

vom 08.07.2009 zu dem Strategiepapier des Finanzministers über die  
Finanzpolitik des Landes Sachsen-Anhalt im Zeitraum des Doppelhaushaltes 2010/2011

Mit Unverständnis, Befremden und Empörung nehmen Senat und Universitätsöffentlichkeit den Vorschlag zur Kenntnis, die Ausgaben für die Hochschulen weiter drastisch kürzen zu wollen. Wenn dieser Vorschlag politisch umgesetzt wird, dann ist der Bestand der beiden Universitäten im Lande gefährdet, ihre Leistungskraft im Wettbewerb um Studierende und Forschungsgelder vernichtet und die kulturelle und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Landes aufs Spiel gesetzt.

Das Budget der Martin-Luther-Universität ist im Zuge der letzten Hochschulstrukturreform 2003/04 um 12,3 Prozent gesenkt worden. Von allen Hochschulen des Landes hat die MLU damit die größten Lasten zu tragen. So ist die Universität derzeit im Umfang von 88 vollen Stellen unterfinanziert. Zu einem aufgabengerechten und deshalb notwendigen Budget fehlen der Universität für 2010 nach ersten Schätzungen ca. 12,6 Millionen Euro, für 2011 ca. 14,2 Millionen. Vor diesem Hintergrund hält die Universität die neuen Kürzungspläne des Finanzministers für skandalös. Sollte es zu den Kürzungen kommen, wäre die Martin-Luther-Universität in ihrer Existenz bedroht.

Aus diesem Grunde fordert der Senat der Universität die Landesregierung auf, ihre Aussage einzuhalten, das Budget fortzuschreiben, zzgl. des notwendigen Inflationsausgleiches. Auch die Erstattung der Personalkosten, die aus der Beendigung des Sozialtarifvertrags ab 2010 entstehen, und die Finanzierung eines Lehrerausbildungsprogramms werden dringend eingefordert, damit es nicht zu Streichungen von Studienplätzen bzw. ganzer Studiengänge kommen muss. Für die Verpflichtungen aus dem Hochschulpakt 2020 (Erhalt der Studierendenzahlen der

Hochschulerstsemester aus dem Jahr 2005) und die Folgen der Umsetzung der Bologna-Reform hat es keine dauerhaften Zuwendungen für den Haushalt der Universität gegeben. Die im Hochschulpakt geforderten höheren Aufnahme- und Absolventenzahlen stehen zu dieser Finanzausstattung im grotesken Widerspruch. Sie widersprechen auch allen bildungspolitischen Bekenntnissen, die universitäre Forschung, Lehre und Weiterbildung sei ein gesamtgesellschaftlicher Überlebensfaktor. Nicht zuletzt die Proteste der Studierenden der letzten Wochen unterstreichen, dass der Universität notwendige Mittel fehlen, um die Bachelor- und Master-Studiengänge in der von uns allen gewünschten Qualität anzubieten.

Die Universität hat sich in den letzten Jahren durch eine Vielzahl von Anstrengungen im bundesweiten Wettbewerb durch beachtliche Erfolge eine respektable Position und Reputation erarbeitet. Sie möchte für das Land Sachsen-Anhalt in der bevorstehenden Ausschreibung der Exzellenzinitiative des Bundes erfolgreich sein. Wer will, dass solche Pläne verwirklicht werden können, der muss auch den Rahmenvertrag „Forschung und Innovation“ zwischen der Landesregierung und den Hochschulen fortsetzen, welcher die Grundlage der Profilbildung der universitären Forschung darstellt.

In dem Papier ist die Privatisierung der Universitätsklinik im Lande vorgeschlagen. Der Senat der MLU stellt fest, dass das UKH kein Renditeobjekt ist, sondern in erster Linie der Medizinischen Fakultät und Universität für ihre originären Aufgaben in Lehre und Forschung zu dienen hat. Die Erfahrungen der Beispiele Marburg/Gießen sind noch zu kurz, um das Risiko einer Privatisierung für Lehre und Forschung einschätzen zu können.

**Der Senat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg fordert bei der Aufstellung des Landesdoppelhaushaltes 2010/2011, die hier geforderte Hochschulfinanzierung mit eindeutiger Priorisierung zu versehen.**

**Der Senat der MLU lehnt eine vollständige oder teilweise Privatisierung der Universitätsklinik im Lande ab.**

Prof. Dr. Wulf Diepenbrock  
Vorsitzender des Akademischen Senates